

Georg Fülberth

Nach Brandenburg

Vermeidungscoalitionen

Die drei ostdeutschen Landtagswahlen – der Verlauf der Wahlkämpfe und die Auswertungen danach – hatten und haben zwei Themen: erstens die AfD, zweitens das absehbare Ende der Ampel. Jetzt der Reihe nach:

Spätestens nach den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg liegt offen zutage, dass das deutsche Parteiensystem sich in einem Umbruch befindet. Nimmt man die deutschen Ergebnisse bei der Europawahl und die in diesem Punkt immer gleichen Resultate der Umfragen für den Bundestag hinzu, zeigt sich: Die Parteien, die ihrer Selbstdefinition nach sich als die (rechte oder linke) Mitte darstellen, brächten nach jetzigem Stand alleine keine Regierung mehr in den bisher auf Bundesebene praktizierten Kombinationen (Union/FDP, sozialliberal, Rot-Grün, Große Koalitionen, Ampel) zustande. Im Osten sind sie auf Unterstützung quasi von außen angewiesen. Man verhandelt (und kooperiert in Thüringen schon) mit dem »Bündnis Sahra Wagenknecht« (BSW). Zweck ist, die »Alternative für Deutschland« (AfD) draußen zu halten. Es handelt sich um Negativbündnisse, Vermeidungscoalitionen. Wird durch Isolierung der AfD der Korridor, in dem die verbleibenden Fraktionen zusammenrücken müssen, immer enger, nimmt deren inhaltliche Politikfähigkeit ab: Sie können nur noch dort agieren, wo Schnittflächen zwischen ihnen bestehen. Damit schleift sich ihr Profil ab, an ihren Rändern entsteht Dissidenz, bisherige Wähler(innen) orientieren sich woandershin. So profitiert sogar das BSW vom Aufwuchs der AfD. Die von Sahra Wagenknecht 2018 gegründete Bewegung »Aufstehen« war noch ein Fehlschlag. Auf das BSW richteten sich in den Landtagswahlen von 2024 Hoffnungen der rechten oder linken »Mitte« und der dieser zugeneigten Medien, es werde der AfD Stimmen wegnehmen. Sie erwiesen sich inzwischen allerdings als trügerisch: Wichtiger waren Gewinne zu Lasten der SPD und der Partei »Die Linke«. Schon als das BSW-Projekt sich noch im Embryonalzustand befand, ahnten einige Freunde der bedrohten Mitte, es könne für Vermeidungscoalitionen gebraucht werden. Der Umgang mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht war sehr schonend, oft sogar wohlwollend. Die Welle, die so entstand, trug es ins Europaparlament und in drei ostdeutsche Landtage. Ohne AfD-Panik wäre das wohl schwieriger gewesen.

Für einen historischen Moment wurde die »Alternative für Deutschland« durch diese Entwicklungen insofern zum wichtigsten Machtfaktor zumindest im parlamentarischen und medialen Getriebe, als alle anderen sich nach ihr richten. Seit 2015 – der sogenannten Flüchtlingskrise – besetzt sie ein massenwirksames Thema der politischen Agenda: Die Migrationsfrage und der Druck, der davon ausgeht, machen sichtbar, dass Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD sich hier nicht mehr fundamental von ihr unterscheiden. Ursache und Wirkung sollten dabei auseinandergehalten werden: Bereits 1993 hat die Erosion des

ursprünglichen Artikels 16 des Grundgesetzes begonnen, mit dem Asylkompromiss zwischen Union, FDP und SPD. Die AfD aber gibt es erst seit 2013.

Diese Langfrist-Betrachtung empfiehlt sich auch, wenn die Frage behandelt werden soll, wann die 2021 gegründete Ampelregierung enden wird: 2025 oder noch in diesem Jahr. Vorläufige Antwort: Sie war ohnehin nicht das wegweisende Zukunftsprojekt, als das sie sich in ihrem Koalitionsvertrag vorstellte. Es hat in der Realität nie bestanden. Die Ampel hatte also von Anfang an ihre Zukunft schon hinter sich.¹

Was jetzt geschieht, macht diese Tatsache nur sichtbar. Es empfiehlt sich deshalb, die Oberfläche der aktuellen Aufgeregtheiten zu verlassen und nach darunterliegenden systemischen Ursachen zu fragen.

Systemische Krise

Worum es sich handelt, ist die vierte systemische Krise innerhalb des Kapitalismus, die 2007/2008 begann, bis heute nicht beseitigt ist und deshalb als vorerst suspendierte Krise bezeichnet werden kann.²

Systemische Krisen unterscheiden sich von lediglich zyklischen dadurch, dass sie nur dadurch überwunden werden können, dass der Kapitalismus zwar nicht endet, aber in ein neues Langfriststadium übergeht. Dies geschah nach dem Gründerkrach von 1873, der Weltwirtschaftskrise 1929 ff. und der »kleinen« Weltwirtschaftskrise von 1974/75. Im ersten Fall ging der Kapitalismus der freien Konkurrenz in den organisierten Kapitalismus, Imperialismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus über. Nach 1929 folgten Kriegs- und anschließend dreißig Jahre Wohlfahrtskeynesianismus in den Zentren. Ab Mitte der siebziger Jahre überwand ihn der neue Marktradikalismus (Neoliberalismus). Was aus der gegenwärtigen suspendierten Krise werden wird, wissen wir noch nicht.

In seinem Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« (frz. 2013, dt. 2014) konstatierte Thomas Piketty, dass die Ungleichheit zwischen Eigentümern enormer Vermögen sowie Beziehern riesiger Einkommen einerseits und den Unterklassen andererseits jetzt wieder so groß sei wie unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, der sie auf wenigstens katastrophale Weise verringerte, bevor die Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs ab 1933 in Deutschland und der Eintritt der USA in diesen 1941 die Große Depression überwand. Eine solche Rosskur hält der Autor angesichts der atomaren Waffenarsenale nicht für tunlich und warnt vor einer Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Diese Befürchtung muss etwas untersucht werden. Wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, folgt daraus nicht notwendig politische Zerklüftung, und zwar dann nicht, wenn zugleich das Sozialprodukt so steigt, dass sich die Lage der Unterklassen hebt, auch wenn deren Vermögen (falls

1 Siehe: Neue Farben des Fortschritts? Umbrüche, Machtverschiebungen und ungelöste Krisen der Gegenwart. Köln 2022.

2 Siehe: Georg Fülberth, Suspendierte Krise. In: lunapark21, Heft 44. Winter 2018/19, S. 52. Nachdruck: Marxistische Blätter 6/[20]19, S. 13/14.

überhaupt vorhanden) und Einkommen hinter dem der Oberklassen zunehmend zurückbleiben. Versperren Stagnation oder Schrumpfung diesen Ausweg, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt tatsächlich in Gefahr. In den eineinhalb Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg sank in Deutschland die Lohnquote, und die Klassenseinandersetzungen verschärfen sich. Fehlt – anders als damals – eine sozialistische Perspektive, entlädt populäre Unzufriedenheit sich nach rechts.

Dies gilt umso mehr, wenn Ungleichheit nicht nur im nationalen Rahmen betrachtet wird, sondern gegenwärtig im Verhältnis der OECD-Staaten zu den armen Gesellschaften an deren Peripherien. Hier führt deren Zunahme zu Massennigration. Drängt diese in die mittlerweile stagnierenden Zentren, löst sie dort Abwehrressentiments aus, die innerhalb von deren traditionellen Parteiensystemen nicht mehr verarbeitet werden können. Dies öffnet Chancen für den sogenannten Rechtspopulismus, der auch faschistischen Kadern Wirkungsmöglichkeiten bietet.

Bleiben wir bei unserem Axiom (man darf es auch gern eine fixe Idee nennen), dass eine aktuell nicht mehr beherrschbare Überakkumulation von Kapital die Ursache für die aktuelle systemische Krise ist, dann muss neben der Zunahme krasser Ungleichheit die Bedrohung der Biosphäre, am meisten thematisiert als drohende Klimakatastrophe, zu den Folgen gerechnet werden.

»Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ›ungeheure Warensammlung‹, die einzelne Ware als seine Elementarform.« (MEW 23: 49) Dieser erste Satz des Marxschen »Kapital« liefert einen Einblick in die Problematik des Mensch-Naturverhältnisses, die sich gegenwärtig zuspitzt. Die Produktion der »ungeheuren Warensammlung« plündert Ressourcen und belastet zusammen mit der Entsorgung Senken. Ob dies innerhalb des Kapitalismus vermeidbar sein wird, ist strittig und wird, falls überhaupt realisierbar, zumindest vorerst mit einem Investitionsaufwand verbunden sein, bei dessen Aufbringung sich die konfliktträchtige Frage stellt, wer die Hauptlast zu tragen hat. Wird der Druck von oben nach unten weitergegeben und fehlt eine handlungsfähige Linke, gibt es Morgenluft rechts-außen und dicke Luft nach oben.

Ein weiteres Merkmal systemischer Übergangskrisen ist die Zunahme internationaler Konflikte mit Kriegsgefahr. Der Übergang in den Imperialismus ab ca. 1870 führte 1914 in den Ersten Weltkrieg, die Große Depression 1929 ff. in den Zweiten. Gegenwärtig kollidieren die Interessen der großen Mächte nicht nur im von den USA ausgerufenen Zweiten Kalten Krieg, sondern auch zwischen Verbündeten. Die Kappung kostengünstiger Energielieferungen aus Russland unter dem Druck der Vereinigten Staaten ist eine der Ursachen für wirtschaftspolitische Positionsverluste der Bundesrepublik. Das Nein der »Alternative für Deutschland« zur antirussischen Politik von Ampel und Union, als Friedenspolitik deklariert, speist sich nicht nur aus Kriegsangst, sondern auch aus der Erfahrung von Wohlfahrtseinbußen und der Furcht vor ihnen. AfD und BSW haben hier eine Repräsentationslücke besetzt.

Wagenburg oder Durchbruch nach rechts?

In der Auseinandersetzung mit der Klimakrise ist an einen alten Begriff erinnert worden: New Deal. Heute heißt er Green. Er kennzeichnete nach 1933 u.a. die enormen Investitionsanstrengungen Franklin D. Roosevelts zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise. »Deal« meinte aber zugleich, dass die Karten neu gemischt werden sollten. Das ist auch eine Art Umverteilung. Die fehlt bei Joseph Biden. Immerhin aber kündigte er zu Beginn seiner Amtszeit eine Investitions-offensive an, ebenfalls Ursula von der Leyen zwecks Rettung des Klimas. Das war die Konstellation, auf die sich die Versprechen der Ampel 2021 gründeten. Der Nachteil solcher Unternehmungen besteht darin, dass ihre Umsetzung allenfalls langfristig wirkt und aktuelle Erwartungen nicht schnell erfüllt. Schon 2022 erfolgte die Umorientierung auf Kriegswirtschaft. Die versprochenen großen Investitionen sollen dorthin gelenkt werden. Das Klima-Thema tritt hinter die Sicherheitspolitik und Förderung der je nationalen Wettbewerbsfähigkeit zurück. Das ist die Agenda für eine nunmehr von den Leitmedien propagierte neue Koalition der Mitte, die nach der Bundestagswahl von 2017 kurzfristig möglich schien und 2018 scheiterte: ein schwarzgrünes Bündnis oder – unter Einbeziehung der FDP – Jamaika. Robert Habeck treibt den Umbau seiner Partei in dieser Richtung voran. Lässt die Union sich darauf ein, wird ihre offene Flanke hin zur AfD noch größer.

Diese ist mittlerweile eine in der Gesellschaft fest verankerte Partei, gestützt auf breite rechtspopulistische (protektionistische und fremdenfeindliche) Strömungen, geführt und auch von außen beeinflusst von politischen und intellektuellen Kadern, zu denen Faschisten gehören. Ihre Stabilität zeigt sich daran, dass sie nicht von einer als unentbehrlich erscheinenden Person abhängig ist, deren Wegfall ihre Fortexistenz in Frage stellen würde.

Ganz anders das BSW, eine top-down zusammengestellte, nach seiner Urheberin, ohne die sie gegenwärtig nicht denkbar wäre, benannte Gruppe. Ihre Mitglieder werden derzeit noch durch Kooptation rekrutiert. Wie einst die WASG beschränkt die Kaderauswahl sich auf Personal aus dem gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Bestand, zu dem nunmehr auch Teile der Linkspartei gerechnet werden können. Robert Crumbach in Brandenburg, Katja Wolf in Thüringen und Sabine Zimmermann in Sachsen gehören dazu. Ob dieser Rahmen in Zukunft überschritten werden kann, ist noch unsicher. Stabilisiert sich das BSW in solchen Grenzen, wäre das Ergebnis eine Spaltung des insgesamt geschrumpften sozialdemokratischen Potentials, das sie sich mit der der SPD zu teilen hätte. Parallelen mit Frankreich und der Funktion von Jean-Luc Mélenchons »La France Insoumise« liegen nahe.

Auf einem Parteitag in Halle hat sich im Oktober 2024 die Partei »Die Linke« neu aufgestellt. Dass sie sich als außerparlamentarische oder parlamentarische linksliberale Kraft mit sozialistischen Einschlüssen von ihren jüngsten Niederlagen wieder erholen kann, ist weder ausgeschlossen noch gesichert.

Ob eine Wagenburg der Mitte im Bund gegen die AfD, ohne sich (anders als in Ostdeutschland) auf das BSW als Krücke stützen zu müssen, Chancen hat, hängt auf längere Sicht nicht von ihr selbst ab, sondern von den (am Gelingen oder Ausbleiben eines Aufschwungs messbaren) ökonomischen Realisierungschancen ihres Projekts. Rüstung und internationale Wettbewerbsfähigkeit haben Priorität. Biosphären- und Sozialpolitik sind ihnen untergeordnet, können aber aus Gründen der Systemstabilisierung nicht völlig aufgegeben werden.

Es muss nicht für alle Zeit Jamaika oder Schwarzgrün sein. Die Einbeziehung der SPD wird sich vielleicht schon 2025 nicht vermeiden lassen. Ein faschistoider Block rechtsaußen wird zur neuen Realität gehören. Ursula von der Leyen probiert in der EU bereits Arrangements mit ihm, in Ostdeutschland werden zumindest auf kommunaler Ebene auf Druck der Basis Löcher in der Brandmauer größer werden. Das Neben-, Mit- und Gegeneinander von ÖVP und FPÖ in Österreich könnte irgendwann in Deutschland eine Entsprechung finden.

Herbert Wehner hätte solche noch recht harmlosen Vorstellungen aufgrund seiner historischen Erfahrungen vielleicht als Wunschtraum von Milchreis mit Zucker und Zimt beargwöhnt. Er konnte sich jähe Durchbrüche nach rechts noch vorstellen, etwa, falls künftig Faschisten die AfD vollends übernehmen sollten und die Union hinterhertaumelt.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus und die Koalitionen, die gegen ihn versucht werden, haben eine gemeinsame Voraussetzung: die seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durchgesetzten marktradikalen nationalen und internationalen Ungleichheitsverhältnisse. Wem deren Wirkungen nicht passen, sollte sich um ihre Ursache kümmern. Das Spektakel liberale Mitte gegen illiberale Rechte relativiert sich dann.